

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis
Freundes

Ausgabe 19

Februar 2013

Lebenselixier Trinkwasser darf nicht privatisiert werden



von Roger Podstatny

Die Europäische Union plant eine Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen durch die öffentliche Hand. Sollte der Entwurf beschlossen werden, müssen die Kommunen die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung ausschreiben. Die

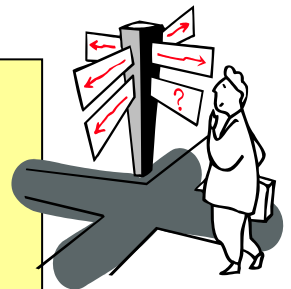
Zwangsprivatisierung der Trinkwasserversorgung droht also. Dagegen wendet sich die SPD-Fraktion im Römer, die das Thema in der Stadtverordnetenplenarsitzung am 28. Februar behandeln wird.

„Es darf aber keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung geben, denn gesundes und qualitativ hochwertiges Trinkwasser ist Existenzgrundlage und darf nicht zum bloßen Handelsgut verkommen“, heißt es in dem Antrag der SPD-Fraktion, die sich, so Mike Josef, mit dem Anliegen in guter Gesellschaft mit Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen befindet, die auch gegen die EU-Pläne opponieren. Auch die SPD-Fraktion unterstützt die Europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht", die man unter www.right2water.eu/de aufrufen und für das Recht auf Wasser für alle Bürgerinnen und Bürger unterschreiben kann.

Sollten die Pläne der EU nicht aufgehoben werden, gibt es laut SPD noch eine Möglichkeit für Kommunen, die Trinkwasserversorgung vor den Profitinteressen einzelner zu schützen: Die Kommune erledigt diese Aufgabe selbst.

Inhalt

Lebenselixier Wasser darf nicht privatisiert werden	Seite 1
Mindestlohn	Seite 2
Anti-Stress-Verordnung	Seite 2
Die Bundestagswahl gewinnen!	Seite 3
Personalvorschläge	Seite 4



„Vorsorglich, auch um den Druck gegenüber den handelnden Personen und Organisationen zu erhöhen, wollen wir mit unserem Antrag den Magistrat ermächtigen, die Trinkwasserversorgung in Frankfurt in einem Amt oder Eigenbetrieb zu rekommunalisieren“, ergänzt Roger Podstatny.

Jetzt wurde bekannt, dass der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier die Pläne zur Trinkwasser-Privatisierung überdenken will. „Dies wäre ein schöner Erfolg“, meint Roger Podstatny.



Mindestlohn



von Petra Rossbrey

Mindestlohn ist ein Thema, das mich sehr stark umtreibt! Ich arbeite in der Reinigungsbranche und sehe jeden Tag, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für sehr wenig Geld leisten. Immerhin gibt es einen branchenbezogenen Mindestlohn, der mit dem

Jahresbeginn 2013 immerhin auf 9,00 € brutto die Stunde gestiegen ist. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nur durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn wirksam gegen Lohndumping geschützt werden. Bemerkenswert ist hier: das hat sich auch schon bis zu einigen Arbeitgebern herumgesprochen. Der Bundesinnungsverband des Gebäudereinigerhandwerks fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Die seriösen Arbeitgeber der Branche wissen sehr genau: ohne einen solchen Schutz werden auch die Unternehmern, die gute Arbeitsbedingungen bieten, von den Billigheimern gnadenlos auskonkurriert.

Die Sozialdemokraten haben den Mindestlohn schon lange im Programm – 8,50 € sind – das zeigt auch das Beispiel, die absolute Untergrenze Luft nach oben ist vorhanden. Die Forderung nach einem Mindestlohn ist mehrheitsfähig – wenn schon die Arbeitgeber einsehen, dass es für alle besser ist, wenn die Untergrenze festgezogen ist, habe ich Hoffnung, dass wir mit einem klaren Kurs hier am Ende des Tages erfolgreich sind – im Sinne der vielen Arbeitskräfte in der Dienstleistung, für die 9€ derzeit noch ein Traum sind!

Anti-Stress-Verordnung

von Arne Knudt

150 Jahre wird unsere gute alte SPD in diesem Jahr alt. 150 Jahre, geprägt vom Kampf für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit. Auch und gerade um Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen. Zugegeben, in der Gründungszeit unserer Partei waren die Arbeitsbedingungen und die Gesundheitsgefährdungen ganz andere wie heute. Ob im Bergbau unter Tage oder am glühenden Stahlofen, ob im Gleisbau bei Wind und Wetter oder in der chemischen Industrie: Dank der Gewerkschaften und der SPD ist vieles, was den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz betrifft, erstritten worden.

Doch getreu dem Motto von Willy Brandt „dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat“ muss sich die SPD auch den heutigen Herausforderungen der Arbeitswelt stellen.

Immer mehr Beschäftigte klagen über wachsenden Stress im Job. Dauerbelastungen zwingen Jahr für Jahr mehr Beschäftigte in die Knie. 56 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland fühlen sich bei der Arbeit stark oder sehr stark unter Druck gesetzt. Dies



ergab eine aktuelle DGB-Studie. Der Umfrage zu Psychostress und Prävention am Arbeitsplatz zufolge klagen 80 Prozent der knapp 5000 Befragten über seit Jahren steigende Leistungsanforderungen.

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt haben ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Arbeits- und Zeitdruck sind allgegenwärtig, Arbeitszeiten laufen aus dem Ruder, Restrukturierungen werden zum Dauerzustand und viele Beschäftigte klagen über schlechtes Betriebsklima und schlechtes Führungsverhalten. Die Folgen: Psychische Er-

krankungen nehmen zu. Sie sind inzwischen die häufigste Ursache für Frühverrentungen. Zugleich ist die Zeitbombe Arbeitsstress für zahlreiche körperliche Erkrankungen verantwortlich.

Eigentlich wollte die Bundesarbeitsministerin zusammen mit den Tarifpartnern eine Erklärung verabschieden, die Maßnahmen gegen Stress am Arbeitsplatz enthält. Doch die geplante Unterzeichnung kam nicht zustande. Das Scheitern dieser Gespräche ist ein weiterer Beleg für jahrelange Untätigkeit von der Leyens. Wie bei vielen Themen ist außer warmen Worten von ihr nichts zu hören.

Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat will die SPD aber einen neuen Anlauf für eine Anti-Stress-Verordnung am Arbeitsplatz starten. Diese im letzten Jahr von den SPD-geführten Bundesländern im Bundesrat vorgeschlagene Verordnung war bisher am Widerstand der Union gescheitert. Dieser neue Anlauf der SPD zeigt, wie wichtig es ist, dass Sozialdemokraten auf der Seite von Arbeitnehmern streiten! Steht die SPD doch dabei in ihrer eigenen guten Tradition.

Die Bundestagswahl gewinnen!



von Gregor Amann

Glaubt man aktuellen Meinungsumfragen, ist Rot-Grün von einer Regierungsübernahme nach der Bundestagswahl am 22.9. weit entfernt. Ich bin dennoch fest davon überzeugt, dass wir wirklich eine reale Chance haben, die Bundestagswahl im Herbst zu gewinnen.

Nicht nur weil Meinungsumfragen immer nur die tagesaktuelle Stimmungslage wiedergeben, die sich innerhalb kürzester Zeit verändern kann sondern vor allem, weil die SPD Themen anspricht, die für weite Teile der Bevölkerung relevant sind.

„It's the economy, stupid.“ Dieser Satz hing 1992 im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf über dem Schreibtisch des (damals noch völlig unbekanntes) Präsidentschaftsbewerbers Bill Clinton, um ihn ständig daran zu erinnern, dass das (wahl)entscheidende Thema des Wahlkampfes gegen Präsident George H. W. Bush die (schlechte) ökonomische Lage vieler Amerikaner ist. Und dieses Jahr haben wir Sozialdemokraten die Chance, mit diesem Thema die Bundestagswahl zu gewinnen. Denn auch wenn Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland auf dem Papier sehr positiv erscheinen, so merken doch sehr viele Menschen, dass sich ihre eigene wirtschaftliche Lage in den letzten Jahren nicht verbessert hat und die Schere zwischen den höchsten Einkommen und den unteren Lohngruppen immer weiter auseinander geht.

In kaum einem anderen Land der OECD ist der Niedriglohnssektor so stark angestiegen wie in Deutschland (+ 40% seit 1995). Leih- und Zeitarbeit haben sich in den letzten Jahren verdreifacht. Knapp die Hälfte der Unter-35-Jährigen hatte noch nie eine unbefristete Anstellung im Leben! Gleichzeitig ist es in Frankfurt und anderen Großstädten immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Und mangelnde Kinderbetreuungsplätze hindern manche Frau (bisher geht dies immer noch überwiegend zu Lasten der Frauen) daran, in dem Maß berufstätig zu sein, wie sie es gerne möchte. Eine Mehrheit der Wahlberechtigten in Deutschland ist für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und weiß auch, dass es den nur mit Sozialdemokraten, aber nicht mit Schwarz-Gelb gibt.

Beim Kampf gegen Niedriglöhne genießt die SPD mehr Vertrauen bei den Wähler/innen als die Regierungskoalition. Und beim Kampf für mehr bezahlbaren Wohnraum ist es ebenfalls die SPD, die auf allen Ebenen (Stadt, Land, Bund) die überzeugenderen Konzepte hat. Auf Bundesebene treten wir z.B. dafür ein, die Regeln zur Erstellung des Mietspiegels so zu verändern, dass auch langjährige Bestandsmieten dabei berücksichtigt werden. Wir wollen Mieterhöhungen stärker begrenzen als dies heute

der Fall ist und wir wollen, dass Vermieter und nicht Mieter die Provision von Immobilienmaklern bezahlen. Und unser Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat bereits erklärt, dass er eine stärkere finanzielle Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Metropolen wie Frankfurt durch den Bund für sinnvoll hält.

Wenn es uns gelingt, die Bundestagswahl am 22.9. zu einer Abstimmung über diese „Brot-und-Butter-Themen“ zu machen, dann stehen die Chancen für einen Regierungswechsel gut. „It's the economy, stupid“ - auch wir sollten diesen Leitspruch im anstehenden Bundestagswahlkampf immer vor Augen haben!

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten:

Vorsitzender: Mike Josef	Stellv. Vorsitzender: Eugen Emmerling
Schatzmeister: Roger Podstatny	Revisoren: Franz Frey, Claus Lünzer, Birgit Puttendörfer
Beisitzerinnen und Beisitzer: Gregor Amann, Ursula Busch, Arne Knudt, Siegward Pawlik, Petra Rossbrey, Hubert Schmitt	Präsidium: Roger Podstatny, Petra Rossbrey
Bezirksbeirat: Ursula Busch, Roger Podstatny	Delegierte Bundesparteitag: Gregor Amann, Roger Podstatny
Antragsprüfungskommission: Gregor Amann, Hans Busch, Ursula Busch, Eugen Emmerling, Arne Knudt Klaus Oesterling, Roger Podstatny, Birgit Puttendörfer, Petra Rossbrey, Anneliese Scheurich, Hubert Schmitt	Delegierte Bezirks- und Landesparteitag: Gregor Amann, Ursula Busch, Eugen Emmerling Klaus Oesterling, Michael Paris, Siegward Pawlik, Roger Podstatny, Anneliese Scheurich, Hubert Schmitt